

A1NEU Digitales - Chancen der Digitalisierung nutzen und BürgerInnenrechte erhalten

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Text

1 **Chancen der Digitalisierung nutzen und Bürger*innenrechte erhalten**

2 Oberhavel profitiert einerseits von der Nähe zur pulsierenden Hauptstadt, steht
3 aber andererseits im ländlichen Raum noch vor Herausforderungen.
4 In den Bereichen demokratischer Partizipation, medizinischer Versorgung und
5 bürger*innennaher Verwaltung sehen wir große Chancen, die Digitalisierung zum
6 Wohle der Gesellschaft zu nutzen. Wir wollen daher, dass Oberhavel den Gebrauch
7 entsprechender Technologien fördert, behalten jedoch die Risiken im Blick.
8 Digitale Angebote dürfen nicht ohne Übergangszeit bewährte Angebote ersetzen.
9 Es gilt hier eine Balance zu finden – wir dürfen neuen Trends nicht blind
10 hinterherrennen, müssen aber auch mit der Zeit und der Weiterentwicklung der
11 Technologie gehen.
12 Uns ist dabei wichtig, dass niemand abgehängt wird, dass wir Risiken erkennen
13 und dafür sorgen, dass im Zuge der Digitalisierung die Errungenschaften einer
14 solidarischen und freiheitlichen Gesellschaft nicht aufgegeben werden.

15 **Freie Daten für freie Bürger*innen**

16 Daten, die unseren Verwaltungen bereits vorliegen und deren Erhebung mit
17 Steuergeldern finanziert wurden, müssen der Allgemeinheit zur Verfügung stehen,
18 sofern dabei der Datenschutz nicht verletzt wird, z.B. bei personenbezogenen
19 Daten. Erfahrungen in anderen Kommunen haben außerdem gezeigt, dass die
20 Veröffentlichung von Daten in Transparenzportalen sogar der Verwaltung selbst
21 hilft, denn auch deren Mitarbeiter*innen können Informationen so leichter
22 finden.
23 Wir setzen uns daher dafür ein, dass Oberhavel ein entsprechendes
24 Transparenzportal einrichtet oder bestehende Open Data Portale wie z.B.
25 govdata.de nutzt, sowie Bürger*innen ermöglicht, kostenlos weitere Datensätze
26 anzufragen.
27 Der Schutz der personenbezogenen Daten ist hierbei unbedingt zu beachten!
28 Wann immer möglich, sollen diese (offenen) Daten in freien Formaten
29 bereitgestellt werden.

30 **Digitalisierung im Landkreis nutzbar machen**

31 Oberhavel hat eine flächenmäßig sehr große Ausdehnung, entsprechend sind die
32 Wege bis zur Kreisverwaltung weit. Wir wollen daher, dass diese Wege immer
33 häufiger nicht mehr notwendig sind, da Antrags- und Genehmigungsverfahren
34 elektronisch abgewickelt werden können. Dafür fordern BÜMDNIS 90/DIE GRÜNEN
35 einen Masterplan Digitalisierung, in dem einzelne Ausbauschritte festgelegt und
36 mit Terminen versehen werden.

37 **IT-Strategie – nachhaltig und transparent mit freier Software**

39 Software beeinflusst immer tiefergreifendere Aspekte unseres Lebens.
40 Die öffentliche Hand sollte quelloffene Software einsetzen. Nur so ist eine
41 Überprüfbarkeit möglich, außerdem wird die Abhängigkeit von einzelnen
42 Lieferanten reduziert.
43 Um das zu erreichen, fordern wir, dass die Nutzung kostenpflichtig lizenzierter
44 Lösungen gesondert begründet werden muss.
45 Gemeinsam mit der Verwaltung wollen wir eine Strategie zum Umstieg auf offene
46 Standards und Open-Source-Software erarbeiten.

47 **Digitale Infrastruktur**

48 Wir BÜNDNISGRÜNE verstehen den digitalen Wandel als eine Chance für uns alle.
49 Dabei ist entscheidend, dass alle in der Lage sind, von den Innovationen und
50 Vorteilen eben dieses Wandels zu profitieren. Dafür ist es notwendig, dass die
51 digitale Infrastruktur bereitgestellt wird, insbesondere auch im ländlichen Raum
52 sowie entlang der Strecken des öffentlichen Nahverkehrs.
53 Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein, dass der DSL- und Glasfaserausbau zügig
54 vorangeht und bei der Verlegung unbedingt an den Ausbau des zukünftigen 5G-
55 Mobilfunknetzes gedacht wird. Es muss geprüft werden, ob der Ausbau der
56 Infrastruktur durch die Oberhavel-Holding ausgeführt werden kann.
57 Damit Internetzugänge für alle zur Verfügung stehen, fordern wir ein
58 flächendeckendes, freies und offenes WLAN-Netz in öffentlichen Gebäuden, an
59 öffentlichen Plätzen sowie rund um Bahnhöfe und unterstützen die Freifunk-
60 Initiative.

61 **Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:**

- 62 • Digitalisierung zum Wohle der Gesellschaft, ohne die Errungenschaften
63 einer freiheitlichen, solidarischen Gesellschaft aufzugeben
- 64 • Die frei zugängliche Veröffentlichung kommunaler Daten in einem
65 Transparenzportal
- 66 • Die konsequente Einhaltung der Datenschutzverordnungen
- 67 • Die Verbesserung der Digitalen Infrastruktur

Text

69 Grüne Wiesen, wogende Getreidefelder, ausgedehnte Wälder und dazwischen Seen –
70 so schön erscheint Oberhavel in den Beschreibungen des Landkreises. Bei
71 genauerem Hinsehen müssen wir jedoch konstatieren: Auf der Wiese blüht höchstens
72 noch der Löwenzahn, im Getreide sind Beikräuter weggespritzt, der Wald besteht
73 mehrheitlich aus Kiefern in Reinkultur, im See blühen Algen und an das
74 frühsommerliche Konzert von Fröschen und Kröten können wir uns kaum noch
75 erinnern. All das zeigt die intensive Durchnutzung unserer Kulturlandschaft,
76 einer Landschaft, die trotz des schönen Anscheins doch längst aus dem
77 Gleichgewicht geraten ist. Hinzu kommen die Folgen des Klimawandels, wie
78 anhaltende Trockenheit, Sandstürme oder aber Starkregenereignisse.
79 Umwelt- und Klimaschutz sind damit die aktuell drängendsten Aufgaben, die es zum
80 Erhalt unserer Lebensgrundlage zu lösen gilt. Um das Artensterben und den
81 Klimawandel wenigstens abzumildern, ist unser aller Handeln nötig und zwar
82 jetzt!

83 **Untere Naturschutzbehörde stärken**

84 Seit Ende der 1990er Jahre wurde der Umweltschutz auf Kreisebene systematisch
85 geschwächt und ist heute nur noch ein untergeordneter Teil im Fachdienst
86 Landwirtschaft. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen die untere Naturschutzbehörde als
87 ausführende Behörde wieder in die Lage versetzen, ihrer Kontroll- und
88 Gestaltungsfunktion nachzukommen. Dazu ist sie aus dem Fachdienst Landwirtschaft
89 und Naturschutz als ein eigenständiges Ressort auszugliedern und personell
90 wesentlich zu stärken.

92 **Das Lebensmittel Wasser schützen und schonen**

93
94 Der Hitzesommer 2018 ebenso wie die Starkregenereignisse 2017 sind Vorboten des
95 Klimawandels. Es wird weniger Niederschläge geben - auch in Oberhavel. Daher
96 muss dem Vorhalten von Wasserreserven für die Sommerzeit und dem generell
97 sorgsameren Umgang mit Wasser viel mehr Beachtung geschenkt werden.
98 Die untere Wasserbehörde in OHV ist diejenige im Land mit dem höchsten
99 Antragsvolumen pro Mitarbeiter. Hier ist dringend Abhilfe zu schaffen durch
100 Neueinstellungen und eine Qualifizierungsoffensive, um den geänderten
101 Rahmenbedingungen und Aufgaben gerecht zu werden. Der Berücksichtigung des
102 Wassersparens ist in der Genehmigungspraxis des Landkreises hohe Priorität
103 einzuräumen.

104 **Stabsstelle Klimaschutz einführen**

105 Wir fordern zudem die Einrichtung einer Stabsstelle Klimaschutz beim Landrat.
106 Diese soll sowohl beratende als auch eine Prüffunktion bezüglich der
107 Verträglichkeit von Investitionsvorhaben mit Umwelt- und Klimaschutzbelangen
108 übernehmen. Zudem halten wir es für zwingend erforderlich, dass hier unter

109 Einbeziehung der Kommunen ein Klimaschutzkonzept sowie eine Strategie zur
110 Anpassung an den Klimawandel im Landkreis erstellt und deren Umsetzung aktiv
111 vorangebracht werden. Für eine nötige fachliche und politische Verankerung
112 streben wir eine Mitgliedschaft des Landkreises Oberhavel im Bündnis „Kommunen
113 für biologische Vielfalt“ an. Eine Inanspruchnahme kreiseigener Waldflächen für
114 Windenergie im Bereich der Schleuener Heide lehnen wir ab.

115 **Umwelt- und Klimaschutz in Oberhavel konsequent umsetzen**

116 Der Landkreis Oberhavel muss in seinem täglichen Handeln Umwelt- und Klimaschutz
117 endlich konsequent umsetzen. Konkret fordern wir die Umstellung der
118 Bewirtschaftung kreiseigener Waldflächen mit den Zielen Waldumbau und
119 Nachhaltigkeit sowie die Einführung einer geeigneten Zertifizierung. Außerdem
120 wollen wir die energetische Sanierung kreiseigener Liegenschaften auf ein
121 Energieeffizienzniveau von min. KfW 55 voranbringen sowie das Vergaberecht so
122 nutzen, dass die Beschaffung beispielsweise von Verbrauchsmaterialien und
123 Energie nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten erfolgt.

124 **Bürgerschaftliches Engagement fördern**

125 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen bürgerschaftliches Engagement im Naturschutzbeirat
126 und den Umwelt- und Naturschutz- sowie den Landschaftspflegeverbänden wieder
127 stärken, indem deren Expertise in Entscheidungsprozessen nicht nur entsprechend
128 den gesetzlichen Regelungen, sondern in allen umweltrelevanten
129 Entscheidungsprozessen angefragt und deren Rolle als Anwält*innen von Natur und
130 Umwelt stärker gewichtet wird.

131 **Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:**

- 132 • Die Stärkung der unteren Naturschutzbehörde sowie der unteren
133 Wasserbehörde
- 134 • Die Einrichtung einer Stabsstelle "Klimaschutz"
- 135 • Die Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes und einer Strategie zur
136 Anpassung an den Klimawandel
- 137 • Die Umstellung der Bewirtschaftung kreiseigener Waldflächen mit dem Ziel
138 Waldumbau und Nachhaltigkeit
- 139 • Die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements im Naturschutzbeirat und den
140 Naturschutz- und Landschaftspflegeverbänden

Text

140 Zu gelebter Demokratie gehört mehr als „nur“ wählen zu gehen. Demokratie
141 bedeutet nach unserem Verständnis, dass alle Bürger*innen die Möglichkeit haben,
142 selbst aktiv zu werden und Politik mitzugestalten. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
143 fordern, dass Prozesse transparent sind, Einfluss genommen werden kann und
144 gewählte Politiker*innen in ihrem Handeln überprüft werden können. Eine starke
145 Demokratie braucht aber auch eine handlungsfähige Verwaltung, die gut für die
146 Zukunft aufgestellt ist.

147 Unsere Demokratie ist ein über Jahrzehnte hart erarbeitetes Gut, das wir aktiv
148 bewahren und weiterhin entwickeln müssen!

149 **Bürger*innen eine Stimme geben**

150 Wir wollen die Menschen in unserem Landkreis ehrlich und ernsthaft an der
151 Ausgestaltung unserer Gesellschaft beteiligen. Dafür wollen wir ein Regelwerk
152 zur besseren Bürger*innenbeteiligung erarbeiten und dafür sorgen, dass dieses
153 umgesetzt wird und die Instrumente der Beteiligung stetig evaluiert und
154 weiterentwickelt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Beteiligungsplattform
155 „Oberhavel gemeinsam gestalten“ einführen. Auf dieser Plattform sollen alle
156 Bürger*innen ohne große Hürden Projekte einreichen oder unterstützen können.
157 Sobald sich genügend Unterstützer*innen gefunden haben, soll der Kreistag
158 verpflichtet werden, über das Projekt zu entscheiden.

159 **Transparenz schaffen**

160 Damit alle Menschen in Oberhavel sich jederzeit ein vollständiges Bild machen
161 können, wollen wir BÜNDNISGRÜNE die Transparenz in der Kommunalpolitik weiter
162 voranbringen. Unser Ziel ist eine Verwaltung und Politik, die transparent und
163 auf Augenhöhe mit den Bürger*innen zusammenarbeitet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
164 wollen, dass von Kreistags- und Ausschusssitzungen Videoaufzeichnungen und
165 detaillierte Schriftprotokolle veröffentlicht und Protokolle hinsichtlich des
166 Abstimmverhaltens transparenter werden. Dafür wollen wir das
167 Kreistagsinformationssystem attraktiver gestalten und den Zugang vereinfachen.
168 Zusätzlich muss es allen Bürger*innen, sowie der Presse möglich sein,
169 umfangreiche Einblicke in die Politik vor Ort zu erhalten. Daher fordern wir,
170 dass die vom Kreistag gebildeten Beiräte grundsätzlich öffentlich tagen, wie es
171 in den Ausschüssen bereits üblich ist.

172 **Gute und faire Arbeitsbedingungen in der Verwaltung**

173 Die Mitarbeiter*innen in der Verwaltung des Landkreises sind die wertvolle Basis
174 für gute Arbeit in der Verwaltung.
175 Um die Leistung auf einem dauerhaft hohen Niveau zu halten, muss der Landkreis
176 hier regelmäßig Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter*innen der Verwaltung
177 anbieten.
178 Die Wertschätzung von einfachen oder einfach auslagerbaren Tätigkeiten ist

179 leider relativ gering. Wir treten dafür ein, dass der Landkreis auch in diesen
180 Tätigkeitsbereichen vorbildlich wird. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen Tätigkeiten wie
181 Gebäudereinigung nicht länger auslagern, sondern in den „Konzern Landkreis“
182 zurückholen und so bessere Arbeitsbedingungen erreichen. Dabei besteht auch die
183 Chance zur Schaffung von Stellen auf dem sozialen Arbeitsmarkt für Menschen, die
184 es auf dem ersten Arbeitsmarkt schwer haben.

185 **Bürger*innendienste zukunftsfähig gestalten**

186 Eine Vielzahl von Serviceleistungen können die Bürger*innen des Landkreises in
187 den Bürger*innendiensten abrufen. Nur ein kleiner Teil davon ist bisher online
188 zu nutzen. Das ist nicht mehr zeitgemäß und geht am Bedarf vorbei, denn es gibt
189 viele Menschen, wie Kranke und Pflegebedürftige oder Menschen in den ländlichen
190 Regionen Oberhavel, die die Bürger*innendienste nicht so einfach aufsuchen
191 können.

192
193 Außerdem wollen wir, dass der Landkreis Oberhavel an der Bürger*innenhotline 115
194 teilnimmt, damit seine Dienstleistungen für die Oberhaveler*innen über diese
195 zentrale Behördeneinwahlnummer erreichbar werden.

196 **Mehr Mitspracherechte für Betroffene**

197 Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, aber z.B. auch Eltern von kleinen
198 Kindern oder Senior*innen wissen selbst am Besten, welche speziellen
199 Anforderungen und Bedürfnisse dieser Gruppen beachtet werden müssen. Daher
200 fordern wir mehr Mitspracherechte für Betroffene – und diese müssen von der
201 Kreisverwaltung ernst genommen und in Planungen frühzeitig mit einbezogen
202 werden. Das bisherige System der Beauftragten in der Kreisverwaltung bringt
203 nicht den gewünschten Erfolg. Daher brauchen wir neue Lösungen, die
204 sicherstellen, dass sich Betroffene wirksam mehr Gehör im Landkreis verschaffen
205 können. Den KiTa Elternbeirat anzuerkennen ist ein erster Schritt. Ihm dürfen
206 keine weiteren Steine mehr in den Weg gelegt werden, er muss bei allen
207 relevanten Themen angehört werden. Die Funktionen der Gleichstellungs-,
208 Behinderten- und Ausländerbeauftragten wollen wir nicht länger in einer Stelle
209 vereinigt, von derselben Person wahrgenommen haben.

211 **Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:**

- 212 • Eine Beteiligungsplattform, auf der Bürger*innen Projekte einreichen
213 können, über die der Kreistag öffentlich beraten muss
- 214 • Eine verbesserte Transparenz in Form von Videoaufzeichnungen von
215 Kreistags- und Ausschusssitzungen, sowie ein verbessertes
216 Kreistagsinformationssystem
- 217 • Zukunftsfähige, digitale Bürger*innendienste
- 218 • Mehr Mitspracherechte für Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, aber
219 auch z.B. Eltern von kleinen Kindern oder Senior*innen

A4NEU Für eine nachhaltige Landwirtschaft

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Text

220 Etwa 80% der Fläche des Landkreises Oberhavel ist durch land- bzw.
221 forstwirtschaftliche Nutzung geprägt. Landwirtschaftliche Betriebe sind somit
222 wichtige Akteure in der Entwicklung unserer Dörfer und kleineren Kommunen. Dabei
223 ist Landwirtschaft nicht nur auf die Erzeugung von Urprodukten, wie Getreide,
224 Obst oder Fleisch beschränkt, sondern die Summe eines Wertschöpfungsprozesses
225 vom Landmaschinenservice bis zum Lebensmittelhandel, der Kantinenküche oder dem
226 Energieversorger.

227 **Landwirtschaft ganzheitlich gestalten**

228 In der aktuellen Förderpolitik wird Landwirtschaft als Produzent für einen
229 anonymen Weltmarkt behandelt. Nur wenn diese Ausrichtung sich ändert, kann eine
230 regionale Wertschöpfungskette entstehen und wachsen, Landwirtschaft und damit
231 auch die Agrarlandschaft eine nachhaltige Veränderung erfahren.
232 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt dabei die Perspektive in einer vielfältig
233 strukturierten, kleinräumigen Agrarlandschaft, Betrieben mit Kreislaufwirtschaft
234 und im besten Falle ökologischem Landbau. Wir setzen uns für eine moderne und
235 zugleich gesellschaftlich geschätzte Landwirtschaft in der Region ein, die nach
236 agrarökologischen Grundsätzen wirtschaftet. Grundsätzlich fordern wir den
237 Ausschluss des Einsatzes von Gentechnik, ob auf dem Acker oder im Trog, und
238 machen uns für Alternativen zum Einsatz von Totalherbiziden stark. Für Projekte
239 zum Anbau von Spargel unter Folie in Vogelschutzgebieten werden wir die
240 Einhaltung des EU-Rechts durch die Kreisverwaltung einfordern.

241 **Erzeugung regionaler Produkte stärken – im Dialog mit den Landwirt*innen**

242 Bäuerinnen und Bauern, Angestellte und Betriebsleiter*innen müssen für ihre
243 Leistungen im ländlichen Raum und den Erhalt unserer Kulturlandschaft wieder
244 eine stärkere Wertschätzung erfahren. Dafür wollen wir den Dialog zwischen
245 Landwirtschaft und Gesellschaft im Kreis stärken und treten für die Erstellung
246 eines Kreiskonzeptes zur Perspektive der Landwirtschaft in Oberhavel ein.
247 Ein Ausgangspunkt ist dabei das Marktpotential regionaler Produkte für den
248 Nahrungsmittelmarkt in der Metropolregion Berlin/Brandenburg. Dieses soll
249 offensiv vermittelt und die Umstellung von Betrieben auf Anbau, Verarbeitung und
250 Direktvermarktung regionaler Nahrungsmittel unterstützt und begleitet werden.
251 Die kreiseigene Wirtschaftsförderung ist hierfür zu sensibilisieren und um den
252 Schwerpunkt der Förderung von Verarbeitungsbetrieben landwirtschaftlicher
253 Produkte zu ergänzen.

254 **Landwirtschaftliche Bildung erweitern**

255 Das Bildungsangebot der Landwirtschaftsschule Oberhavel ist derzeit stark auf
256 Betriebsweisen der konventionellen Landwirtschaft ausgerichtet. Um zukunftsfähig
257 zu bleiben, ist es um agrarökologische Methoden, Techniken des ökologischen
258 Landbaus, die Vermittlung von betrieblichen Umstellungsszenarien und nicht

259 zuletzt den notwendigen Anpassungen an die Erderhitzung zu erweitern. Insgesamt
260 muss die Ausbildung in landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Berufen
261 gestärkt und teilweise wieder aufgebaut werden. Mit dem Ziel, mehr junge
262 Menschen für diese Berufe zu begeistern, setzen wir uns für eine Förderung von
263 Auszubildenden ein.

264 **Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:**

- 265 • Eine Landwirtschaft nach agrarökologischen Grundsätzen
- 266 • Den Ausschluss des Einsatzes von Gentechnik
- 267 • Ein Kreiskonzept zur Perspektive der Landwirtschaft in OHV
- 268 • Die Stärkung der Erzeugung regionaler Produkte und deren Vermarktung
- 269 • Die zukunftsfähige Erweiterung des Bildungsangebots der Landwirtschaftsschule
- 270 • Die Stärkung der Ausbildung in landwirtschaftlichen Berufen und die Förderung
- 271 von Auszubildenden

Text

272 Vor dem Hintergrund der Klimakrise sowie der Verknappung von natürlichen
273 Ressourcen fordern wir als Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, künftige
274 Investitionen auf den Prüfstand der Nachhaltigkeit zu stellen. Wir wollen lokale
275 Kreislaufwirtschaften fördern, um ökologisch und ökonomisch erfolgreich zu sein.
276 Nur so können wir sparsam mit den Ressourcen umgehen und unsere natürlichen
277 Lebensgrundlagen sowie die Schönheit Oberhavelns erhalten.

278 ***Öffentlichen Wohnungsbau fördern – sozial und ökologisch***

279 In der zurückliegenden Wahlperiode hat der Kreis umfangreich in Unterkünfte für
280 Geflüchtete und in den Wohnungsbau investiert. Das ist gut so. Wir setzen uns
281 jedoch für eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange im Wohnungsbau
282 und eine bessere Beteiligung der Anlieger*innen und Mieter*innen ein.
283 Ökologische Kriterien wie Energieeffizienz, nachhaltige Baumaterialien und
284 zukunftsfähige Konzeption reduzieren auch langfristige Instandhaltungs- und
285 Umbaukosten und belasten zukünftige Generationen nicht übermäßig. Nachhaltige
286 Wohnkonzepte beinhalten auch integrative Konzepte und tragen zum Wohlbefinden
287 sowie der Gesundheit der Bewohner*innen bei.

288 Öffentliche Bauprojekte bieten einmalige Chancen, innovative Konzepte zu
289 erproben. Das kann die Integration von Lastenfahrrädern und elektrischem
290 Carsharing ebenso sein, wie Baugemeinschaften, Mehrgenerationenprojekte und das
291 gemeinsame Wohnen von Menschen mit und ohne Behinderung.

292 ***Sanierung statt Neubau***

293 Die energetische und ökologische Sanierung öffentlicher Gebäude hat für uns
294 Priorität. Wir setzen uns dafür ein, Mindeststandards wie z.B. KfW 55 für
295 Sanierungen festzulegen und die schrittweise Modernisierung aller öffentlichen
296 Gebäude zu planen. Dazu sollen die Investitionsprogramme des Landes und des
297 Bundes genutzt werden. Hochwertig sanierte Bausubstanz bedeutet Werterhalt und
298 dauerhaft niedrige Betriebskosten – so entlasten wir den Kreishaushalt.

299 Den sogenannten „Oberhavelstandard“ bei Schulbauten möchten wir konkret
300 definieren und festlegen. Dabei gehört für uns auch der notwendige
301 Breitbandanschluss einer Schule dazu.

302 Wann immer Neubauten vorgesehen sind, wollen wir zunächst prüfen, ob
303 existierende Gebäude erweitert, saniert oder anderweitig ertüchtigt werden
304 können. Dabei behalten wir insbesondere auch die zunehmende Versiegelung von
305 Flächen im Blick und setzen uns dafür ein, neue Flächenversiegelungen in der
306 jeweiligen Kommune auszugleichen.

307 ***Investitionen langfristig betrachten***

308 Wir müssen mit Steuergeldern in die Zukunft investieren! Dabei behalten wir
309 BÜNDNISGRÜNE vor allem die zukünftigen Kosten im Blick. Wir dürfen nicht auf
310 Kosten zukünftiger Generationen wirtschaften, sondern als Kreis ein Vorbild
311 sein. Alle Projekte müssen auch zukünftigen Anforderungen genügen.

312 ***Infrastruktur- und Verkehrsinvestitionen nachhaltig gestalten***

313 Die vom Landkreis geplante Übernahme von Landesstraßen wollen wir kritisch
314 begleiten. Umfang und Qualität der in diesem Zusammenhang vorgesehenen
315 Investitionen müssen geprüft und nachvollziehbar sein. Investitionen in sichere
316 und moderne Radverkehrsanlagen werden wir ebenso fördern wie Investitionen in
317 umweltfreundlichere Busse und den ökologischen Umbau des Fuhrparks der
318 Kreisverwaltung.

319 **Divestment – weil Eigentum verpflichtet**

320 Oberhavel trägt mit seinen Investitionen und Ausgaben zur Klimakrise bei. Wir
321 wollen Verantwortung übernehmen und kommunale Geldanlagen und Beteiligungen
322 nicht nur transparenter machen, sondern auch aus umwelt- und klimaschädlichen
323 Aktivitäten aussteigen.

324 **Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:**

- 325 • Eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange beim Wohnungsbau (z.B.
326 mindestens Energiestandard KfW 40 für alle Neubauten)
- 327 • Zukunftsfähige Wohnkonzepte, wie z.B. die Integration von Carsharing oder
328 Lastenfahrrädern, Baugemeinschaften, Mehrgenerationenprojekte oder das
329 Zusammenwohnen von Menschen mit und ohne Behinderung
- 330 • Die energetische, ökologische Sanierung und modernisierung öffentlicher
331 Gebäude mindestens nach dem KfW 55-Standard
- 332 • Investitionen in umweltfreundlichere Busse und eine moderne
333 Radverkehrsinfrastruktur
- 334 • eine Beschränkung der Finanzanlagen des Landkreises auf nachhaltige
335 Aktivitäten (Divestment)

Text

336 Kulturelle Bildung, Kulturgeschichte sowie Kunst- und Kulturvereine stellen aus
337 Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Selbstwert dar und leisten darüber hinaus
338 einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung und Stabilisierung einer vielfältigen
339 Gesellschaft sowie bei der Begleitung von gesellschaftlichen Veränderungen.
340 Das Land Brandenburg ist traditionell ein Kulturland und die Landesregierung hat
341 sich das Ziel gesetzt, den kulturellen Bereich im Land zu stärken und
342 auszubauen. Allerdings trägt unser Landkreis Oberhavel nichts wesentliches zu
343 dieser Entwicklung bei. Das wollen und müssen wir ändern.

344 **Kulturelle Angebote stärker unterstützen**

345 Kultur hat aktuell in unserem Landkreis Oberhavel leider keinen allzu hohen
346 Stellenwert. Dies zeigt insbesondere der Vergleich zum Sport, der wesentlich
347 mehr gefördert wird. So werden z.B. Sporteinrichtungen für Vereine vorgehalten,
348 aber kaum Orte zur Kulturausübung, wie z.B. Bürger*innenhäuser. Dies ist ein
349 Missverhältnis, das wir BÜNDNISGRÜNEN korrigieren möchten. Wie im Bereich des
350 Sports, so lebt auch der kulturelle Bereich vor allem von der Eigeninitiative
351 engagierter Bürgerinnen und Bürger, von Vereinen, Initiativen und Projekten.
352 Diese wollen wir in der Zukunft unterstützen und damit auch die
353 Zivilgesellschaft im Landkreis stärken. Deshalb möchten wir eine finanzielle
354 Kulturförderung einrichten, deren Ausgestaltung sich an der aktuellen
355 Sportförderung orientiert.

356 **Kulturförderung sinnvoll konzipieren**

357 Kultur lebt gerade vom Austausch zwischen den kulturellen Akteur*innen und einer
358 aktiven Zusammenarbeit mit den Gemeinden und lokalen Kultureinrichtungen. Dafür
359 wollen wir eine Stelle schaffen, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu verbessern
360 und den Kontakt zu Landesinstitutionen wie z.B. „Kulturland Brandenburg“ oder
361 „Plattform Kulturelle Bildung“ zu halten, sowie einen Beitrag zur
362 kulturpolitischen Strategie des Landes Brandenburgs aus der Perspektive
363 Oberhavels zu leisten. Hier sehen wir insbesondere Chancen im Bereich des
364 Kulturtourismus, gerade für die ländlichen Regionen Oberhavels. Vor allem aber
365 soll eine solche Stelle Kulturinstitutionen im Landkreis helfen, Förderanträge
366 zu stellen. Gedacht ist dabei an eine aktive Fundraisingunterstützung, die den
367 oftmals damit überforderten kleinen Vereinen und Initiativen die Teilnahme an
368 Projekten und Vorhaben ermöglicht, für die sie allein nicht die Kapazitäten
369 haben. Auch eine Ausstattung mit einem nötigen Eigenbeitrag soll über solch eine
370 Initiativstelle möglich werden. Somit hoffen wir, mit einem relativ kleinen
371 eigenen Mitteleinsatz das Optimum an Kulturförderung in unserem Landkreis
372 realisieren zu helfen und dabei den Gedanken der Subsidiarität zu folgen.
373 Ein weiteres Instrument könnte die Etablierung eines „Runden Tisches Kultur“
374 sein, eine regelmäßige Zusammenkunft institutioneller Akteur*innen aus Kunst und
375 Kultur mit Politiker*innen und Vertreter*innen der Verwaltung.

376 Kultur – Gerade für den ländlichen Raum eine Chance

377 Die Haushaltsaufwendungen im Bereich „Kultur und Wissenschaft“ betragen aktuell
378 lediglich ca. 0,8% am Gesamthaushalt. Diese Aufwendungen fließen zum Großteil in
379 Kreiseinrichtungen, wie Volkshochschulen oder die Kreismusikschule oder die
380 kommunale Musikschule in Hennigsdorf. Diese wichtigen Einrichtungen wollen wir
381 weiter fördern, dürfen aber dabei auch Gegenden außerhalb Oranienburgs nicht
382 vergessen. Deshalb fordern wir eine deutliche Erhöhung des Kulturbudgets und
383 eine stärkere Dezentralisierung der vom Landkreis finanzierten Kulturangebote
384 sowie eine Ausweitung der Unterstützung auf Initiativen, Vereine und Projekte,
385 die sich nicht in Trägerschaft des Landkreises befinden.

386 Wer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:

- 387 • Eine gelebte, aktive und finanziell sinnvoll ausgestattete Kulturförderung
- 388 • Eine Pluralität der kulturellen Angebote, die dem Subsidiaritätsprinzip
389 verpflichtet ist und freie Träger ebenso wie Einrichtungen in Trägerschaft
390 des Landkreises in die Förderung einschließt
- 391 • Die Erstellung eines Kulturentwicklungskonzeptes
- 392 • Eine Stelle zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen kulturellen
393 Akteur*innen und den Kontakt zu Landesinstitutionen
- 394 • Die Etablierung eines „Runden Tisches Kultur“ zur Vernetzung der
395 kulturellen Akteur*innen mit Politik und Verwaltung
- 396 • Eine deutliche Erhöhung des Haushaltsbudgets für „Kultur und Wissenschaft“
- 397 • Die stärkere Dezentralisierung der vom Landkreis finanzierten
398 Kulturangebote, sodass auch die ländlichen Regionen Oberhavel stärker als
399 bisher von den Chancen z.B. des Kulturtourismus profitieren können

A7NEU Unsere Politik für Kinder, Jugendliche und Familien

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Text

400 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen. In keinem
401 anderen Industrieland ist die Chance auf Teilhabe und Bildung so stark von der
402 Herkunft abhängig wie in Deutschland. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns dafür ein,
403 dass die soziale Herkunft eines Kindes nicht mehr über seine Bildungschancen
404 entscheidet. Wir wollen unsere Schullandschaft stärken und für beste
405 Startbedingungen für alle sorgen. Dabei denken wir vernetzt und planen
406 weitsichtig in allen Bereichen: von den „Frühen Hilfen“, über die vorschulische
407 Bildung, unsere Schulen sowie den außerschulischen Bildungs- und
408 Freizeitbereich. Unser langfristiges Ziel sind Kitas und Schulen für alle, die
409 alle Begabungen, Kulturen und Lebensformen akzeptieren und die individuelle
410 Förderung jedes Kindes und jedes Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen.

411 Bestmögliche Voraussetzungen für unsere Kleinsten schaffen

412 Auf den Anfang kommt es an. Hier lohnt jede Investition in gute familiäre und
413 soziale Rahmenbedingungen unserer Kinder. Schon werdende Eltern brauchen gute
414 Beratungsangebote und die Gewissheit, im Bedarfsfall schnell und unbürokratisch
415 medizinische, psychologische und soziale/sozialpädagogische Hilfen zu erhalten.
416 Für die Erzieher*innen wollen wir zeitgemäße fachliche Weiterbildungen und
417 Personalentwicklungsmöglichkeiten anbieten. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns außerdem
418 dafür ein, das erfolgreiche Modell der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA)
419 weiter fortzuführen und die Ausbildungsstellen zahlenmäßig auszubauen.

420 Mobilität für Kinder und Jugendliche verbessern

421
422 Der Landkreis subventioniert die Schüler*innenfahrkarten in Oberhavel und das
423 ist gut so. Wir wollen das aber auch für Schüler*innen und Schüler, die Schulen
424 außerhalb des Landkreises besuchen, zumindest für die Fahrten innerhalb des
425 Landkreises. Durch die Schüler*innenfahrkarten werden jetzt auch nur die Fahrten
426 bis zur Schule und zurück abgedeckt. Gerade Jugendliche in ländlichen Regionen
427 haben aber andere Mobilitätsbedürfnisse. Wir wollen daher für alle Schüler*innen
428 und Schüler ein kostengünstiges Oberhavelticket einführen.
429 Die Fahrten zwischen Schule und Wohnung sollen möglichst nicht länger als 45
430 Minuten dauern. Das Busangebot soll daher so verbessert werden, dass diese
431 Zeiten in der Regel für alle auch eingehalten werden können.

433 Kitavertrag: Oberhavel steht als Landkreis in der Pflicht!

434 Die Qualität der Kindertagesbetreuung und die Bereitstellung geeigneter
435 Kinderbetreuungsangebote in allen Teilen des Landkreises liegt in der
436 Verantwortung des Kreises. Der Landkreis hat durch einen öffentlich-rechtlichen
437 Vertrag die allermeisten Aufgaben auf seine Städte und Gemeinden übertragen. Die
438 Novellierung des Vertrages möchten wir nutzen, um eine Neuausrichtung und
439 Neugestaltung u.a. in der Kitabedarfsplanung im Landkreis zu erreichen. Wir

440 wollen kein "weiter so", sondern eine Planung, die die Anspruchsberechtigten
441 (Kinder und Jugendliche) sowie deren Eltern (Personensorgeberechtigten)
442 einbezieht und auch die qualitativen Aspekte in den Vordergrund rückt. Fragen,
443 welche speziellen Angebote wo vorgehalten werden müssten (z.B. Inklusion,
444 Einzelfallhelfer*innen, Beratung zur Beantragung von Fördermaßnahmen der
445 Anspruchsberechtigten, Elternberatung etc.), welche Weiterbildungen benötigt
446 werden oder wie die Kommunikation zwischen Trägern, Eltern und Kommune
447 verbessert werden kann, sind hier zu nennen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit
448 der Verwaltungen mit einem Kreiskitaelternbeirat gehört für uns ganz
449 selbstverständlich dazu. Die Beteiligung von Initiativen und Eltern ist generell
450 auf Landkreisebene zu verbessern und muss gezielt gefördert werden.
451 Zur Zeit ist die Bezahlung der Tageseltern innerhalb von Oberhavel sehr
452 unterschiedlich. Eine qualitative Betreuung sollte allerdings auch fair bezahlt
453 werden. Wir setzen uns daher für eine Harmonisierung der Bezahlung aller
454 Tageseltern ein.

455 **Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten**

456 Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr
457 Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern zu
458 ermöglichen, muss dringend weiter in den Krippen-, Kita- und Hortbereich
459 investiert werden.
460 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen kreisweit für ausreichend Betreuungsplätze und
461 verlängerte Öffnungszeiten in Krippen und im Kita- Bereich sorgen.
462 Die kindliche Bildung soll aus den Augen und Bedürfnissen der Kinder heraus
463 gestaltet werden. Dementsprechend muss für gute räumliche, fachliche und
464 personelle Ausstattung gesorgt werden. In Schwerpunkteinrichtungen mit hohen
465 sozialstrukturellen Belastungen wollen wir zusätzliche fachliche und personelle
466 Angebote ermöglichen. Damit sollen unterschiedliche Startchancen von Kindern so
467 früh wie möglich angegangen und ausgeglichen werden.

468 **Für eine wirksame Jugendhilfe**

469 Die Jugendhilfeplanung im Landkreis ist das zentrale Steuerungsinstrument
470 kommunaler Kinder- und Jugendhilfearbeit. Sie wird deshalb auch zu Recht als
471 Schwerpunkt der Tätigkeit des Jugendhilfeausschusses (JHA) genannt. Jedoch nicht
472 in Oberhavel. Eine wirkliche Jugendhilfeplanung unter Einbeziehung nicht nur des
473 JHA und der Kreisverwaltung, sondern auch der Betroffenen hat seit Jahren nicht
474 mehr stattgefunden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass im JHA ein
475 fachpolitischer Diskurs geführt, sowie Maßstäbe und Kriterien für den
476 landkreiseigenen Bedarf festgelegt und eigenverantwortliche (Planungs-
477)Entscheidungen getroffen, die dann von der Verwaltung umgesetzt werden.
478 Bei den folgenden aktuellen Problemen sehen wir einen vorrangigen
479 Handlungsbedarf. So sind die Wartezeiten bei dringenden Problemlagen im
480 Jugendamt deutlich zu lang. Der Personalschlüssel im Jugendamt muss entsprechend
481 aufgestockt werden.
482 Desweiteren fehlen in Oberhavel Freie Träger zur Umsetzung nötiger Hilfen. Wir
483 setzen uns dafür ein, dass die Bedingungen unter denen Freie Träger der sozialen
484 Arbeit tätig werden können, wie bspw. die Vergütung der Fachleistungsstunden,
485 deutlich verbessert werden. Eine Kooperation zwischen dem Jugendamt und den
486 Freien Trägern muß auf Augenhöhe stattfinden, um passgenaue Angebote im Sinne
487 der Kinder und Jugendlichen zu gestalten.
488 Ebenfalls bedarf es einer engen Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe als
489 Voraussetzung dafür, dass Jugendliche in ihrer Lebenswelt erreicht werden und

490 niedrigschwellige Hilfsangebote bekommen.
491 Im Landkreis Oberhavel werden Hilfen, die vorrangig einer Prävention dienen, wie
492 Soziale Gruppenarbeit, nicht angeboten, obwohl diese in den gesetzlichen
493 Bestimmungen zur Ausgestaltung der Sozialarbeit vorgesehen sind. Diese und
494 andere präventive Angebote sind in die Förderung aufzunehmen. Dazu zählt auch
495 die Jugendberufshilfe, als Angebot für 14- bis 16jährige Schüler*innen, die in
496 der Regelschule überfordert sind und dort nicht beschult werden können.
497 Außerdem ist durch den Zuzug geflüchteter Familien und unbegleiteter
498 Jugendlicher ein weiteres Aufgabenfeld in der Jugendhilfe hinzugekommen. Hier
499 gilt es, diesen zusätzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Vor Allem in den
500 Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete fehlt es an gezielter Ansprache,
501 Förderung und Begleitung von Familien. Das wollen wir ändern.
502 Jugendeinrichtungen müssen außerdem auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern
503 und Jugendlichen mit Fluchterfahrung vorbereitet und hierbei auch personell
504 unterstützt werden.

505 **Sozialpädagogische Arbeit in den Schulen**

506 Schulsozialarbeit wird derzeit vom Kreis an den Oberschulen, Förderschule und
507 Oberstufenzentren angeboten. Schulsozialarbeit an den Grundschulen werden
508 hingegen ausschließlich von den Kommunen getragen. Diese Arbeit ist an allen
509 Schulen, ganz besonders an Grundschulen, notwendig und soll daher auch vom Kreis
510 finanziert werden.

511 Insbesondere sind spezielle sozialpädagogische Angebote für benachteiligte
512 Kinder und Jugendliche nötig. Aktuell gibt es diese Angebote EU-finanziert an
513 vier Schulen im Landkreis. Wir wollen dafür sorgen, dass mindestens diese
514 bestehenden Schulprojekte in Oranienburg, Sachsenhausen, Velten und Zehdenick
515 nach Ablauf der Förderperiode weiter finanziert und darüber hinaus weitere
516 solcher Angebote geschaffen werden.

517 **Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:**

- 518 • den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten
- 519 • eine wirksame Jugendhilfeplanung unter Einbeziehung der Betroffenen
- 520 • eine bessere Finanzierung der sozialpädagogischen Arbeit, insbesondere an
521 Grundschulen
- 522 • die Neuausrichtung der Kitabedarfsplanung im Rahmen des Kitavertrags des
523 Landkreises OHV mit stärkerem Fokus auf die Bedürfnisse der Kinder und
524 Eltern
- 525 • eine enge Kooperation zwischen Schulen und Jugendhilfsangeboten

A8NEU Integratives soziales Oberhavel

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Text

527 Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Oberhavel setzen sich für ein gerechtes und sozial
528 geprägtes Zusammenleben aller Menschen in Oberhavel ein. Wir wollen, dass sich
529 alle Menschen in Oberhavel, egal welchen Geschlechts, welchen Alters, welcher
530 Herkunft oder welchem gesellschaftlichen Status angehörig, mitgenommen fühlen.
531 Wir wollen daher die Voraussetzungen und die Strukturen für eine
532 gleichberechtigte Teilhabe Aller an und in unserer Gesellschaft schaffen und
533 stärken. Dazu wollen wir in der Kreisverwaltung eine eigene Personalstelle
534 schaffen, die für diese neue Integrationskultur verantwortlich ist, die Angebote
535 koordiniert und gezielt aufkommende Probleme löst. Zudem sollten in
536 Stellenausschreibungen Hinweise für das Interesse an Fachkräften mit
537 Migrationshintergrund plaziert und verstärkt unter Jugendlichen mit
538 Migrationshintergrund für eine Ausbildung beim Landkreis geworben werden.

539 Armut verhindern und die Folgen bereits entstandener Armut bekämpfen

540 Angebote wie Schuldnerberatung, Suchtprävention oder Frauennotwohnungen wollen
541 wir so finanzieren, dass drohender Armut und deren Folgen in unserem Landkreis
542 zukünftig noch besser begegnet werden kann. Um das zu bewerten und in der
543 Gesellschaft breit diskutieren zu können, wie wir die Steuermittel hierfür am
544 besten einsetzen, fordern wir einen regelmäßig von der Kreisverwaltung zu
545 erstellenden Armutsbericht für den Landkreis Oberhavel, sowie die regelmäßige
546 Evaluation bereits bestehender Fördermaßnahmen.

547 Integration aller Bevölkerungsgruppen verbessern

548 Integrative Bildung ist uns wichtig. Die baulichen und personellen
549 Voraussetzungen wollen wir in allen Kindertagesstätten und Schulen deutlich
550 verbessern.

551 Zur Integration gehört für uns auch die barrierefreie Erreichbarkeit
552 öffentlicher Angebote, von Kultur oder der medizinischen Grundversorgung für
553 alle. Sei es via Internet oder ohne Auto, mit Fahrrad oder dem öffentlichen
554 Personennahverkehr, im Bedarfsfalle auch durch aufsuchende Dienste. Die
555 entsprechende Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur wollen wir daher für alle
556 Menschen in Oberhavel verbessern.

557 Den Runden Tisch des Landkreises mit den Willkommensinitiativen wollen wir aus
558 der Hand des zuständigen Dezernenten in die Hand eines neutralen Moderators
559 legen.

560 Die Migrationssozialarbeit im Landkreis muss unabhängig von der Kreisverwaltung,
561 die auch für Abschiebungen verantwortlich ist, erfolgen. Dazu soll eine neue
562 Ausschreibung dieser Leistung erfolgen.

563 Die Gebühren zur Nutzung der Gemeinschaftsunterkünfte Geflüchteter halten wir
564 für unangemessen. Wir wollen diese Nutzungsgebühren senken. Ebenso wollen wir

565 die Angebote für Familien mit kleinen Kindern in den Gemeinschaftsunterkünften
566 verbessern.

567 **Behinderten- und Altenhilfeplanung für ein selbstbestimmtes Leben**

568 Den Älteren in unserem Landkreis wollen wir die Chance geben, sich rege am
569 öffentlichen Geschehen zu beteiligen und lange selbstbestimmt und
570 eigenverantwortlich zu leben. Hierzu braucht es altengerechten und den Renten
571 angepassten, bezahlbaren Wohnraum. Ein barrierefreies Umfeld ist für die
572 Senior*innen ebenso wichtig wie für Menschen mit Behinderungen oder auch Eltern
573 mit Kinderwagen. Wir werden uns für die Erstellung eines Altenhilfeplanes
574 einsetzen und die Verbesserung der sozialpädagogischen Betreuung der
575 Senior*innen prüfen.

577 **Würdevolle Unterstützung von Menschen ohne Arbeit**

578
579 Menschen ohne Arbeit haben ganz unterschiedlichen Unterstützungsbedarf. Diesem
580 muss insbesondere in den Jobcentern individuell und auf Augenhöhe begegnet
581 werden. Wir fordern daher den Ausbau der psychosozialen Betreuung im Jobcenter
582 Oberhavel mit dem Ziel der Eingliederung in das Erwerbsleben. Auch der Bedarf
583 besonderer Leistungen ist häufig individuell und muss im Einzelfall
584 berücksichtigt werden. Deswegen fordern wir die Erhöhung des Budgets für
585 besondere Leistungen und mehr Spielraum für Einzelfallentscheidungen durch die
586 Mitarbeiter*innen im Jobcenter Oberhavel. So kann im Einzelfall z.B. die
587 Erstausrüstung für eine Wohnung finanziert werden, besondere Bekleidung in der
588 Schwangerschaft oder eine notwendige Brille.
589 Insbesondere für langzeitarbeitslose Menschen ist die Integration in den
590 sogenannten ersten Arbeitsmarkt häufig schwierig. Daher fordern wir die
591 Bereitstellung von geförderter Arbeit in der Verwaltung speziell für
592 Langzeitarbeitslose im Bereich des Sozialen Arbeitsmarkts.

593 **Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:**

- 594 • Die Schaffung einer eigenen Stelle für eineN IntegrationsbeauftragteN im
595 Landkreis sowie einer weiteren Sozialarbeiterstelle
- 596 • Ein gerechtes und sozial geprägtes Zusammenleben ALLER in Oberhavel
- 597 • Eine Migrationssozialarbeit unabhängig vom Landkreis
- 598 • Schaffung von preiswertem Wohnraum
- 599 • Eine faire Gebührensatzung für Gemeinschaftsunterkünfte
- 600 • Eine würdevollere Unterstützung von Menschen ohne Arbeit im Jobcenter
601 Oberhavel und die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichtes
- 602 • Den Ausbau von Angeboten wie Schuldnerberatung, Suchtprävention oder
603 Frauennotwohnungen zur Verhinderung von Armut und Verringerung von deren
604 Folgen

A9NEU Verkehr - Oberhavel braucht eine Verkehrswende

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Text

605 Regionalzüge unpünktlich, Busverkehr lückenhaft, Radfahren lebensgefährlich:
606 Will Oberhavel nicht im Autoverkehr ersticken, brauchen wir ein klares Umsteuern
607 hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln. Das ist bei der Kreisverwaltung und
608 der in Oberhavel regierenden GroKo nicht zu erkennen.

609 S-Bahn und Regionalverkehr – Hoher Investitionsbedarf

610 Die in der Verantwortung des Landes stehenden schienengebundenen Verkehrsmittel
611 bilden das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs. Leider werden seitens des
612 Landes keine ausreichenden Kapazitäten bereitgestellt, denn während in den
613 vergangenen 10 Jahren die Fahrgastzahlen brandenburgweit um 60% gestiegen sind,
614 wurde im gleichen Zeitraum die Zahl der bestellten Zug-Kilometer deutlich
615 reduziert. Die Folgen lassen sich nun im Berufsverkehr „hautnah“ wahrnehmen. Die
616 Züge sind überfüllt und fahren zu selten.

617 Für den Regionalverkehr fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Landesebene u.a einen
618 mindestens einstündigen Takt an Wochentagen zwischen 5 und 22 Uhr und eine
619 weitere Verbindung um Mitternacht.

620 Auf der Kremmener Bahn schließen sich für uns ein Wiederaufbau der S-Bahn bis
621 Velten und eine Durchbindung des Prignitz-Expresses in die Berliner Innenstadt
622 nicht aus, beide Maßnahmen müssen umgesetzt werden. Die Nutzer*innen im
623 Speckgürtel und in berlinferneren Regionen dürfen nicht gegeneinander
624 ausgespielt werden.

625 Die S-Bahn sollte grundsätzlich auf einen 10-Minuten-Takt ausgebaut werden.
626 Dafür müssen die Fahrradstellkapazitäten an den S-Bahnhöfen deutlich erhöht
627 werden. Für die Heidekrautbahn unterstützen wir nicht nur die Wiederaufnahme des
628 Betriebs auf der Stammstrecke bis Gesundbrunnen, sondern fordern mittelfristig
629 auch, dass wieder bis nach Liebenwalde gefahren wird.

630 Busverkehr – Aufgabe des Landkreises

631 Der Busverkehr, bei dem der Landkreis Oberhavel die Verantwortung trägt, ist
632 heute völlig unzureichend und wird dem Anspruch einer zukunftsfähigen Mobilität
633 nicht gerecht. Er stellt lediglich ein Minimalangebot dar und bildet in weiten
634 Bereichen lediglich den Schüler*innenverkehr ab. Hier braucht es eine deutliche
635 Angebotsausweitung, damit alle Zielgruppen ein passendes Angebot für Mobilität
636 erhalten.

637 Arbeitnehmer*innen können den Busverkehr heute oft nicht nutzen, weil in dem
638 Fahrplanangebot passende Fahrten ausfallen oder die Bedienung der Orte bzw.
639 Ortsteile so früh endet, dass nach der Arbeit oder nach anderen Aktivitäten
640 keine Verbindung mehr besteht. Für Jugendliche ist das mangelnde Verkehrsangebot
641 heute eines der größten Probleme in ihrem Alltagsleben.

642 Dabei bestehen die Defizite gleichermaßen im Speckgürtel und in berlinferneren
643 Regionen. In schwächer besiedelten Gebieten wollen wir „OnDemand“-Systeme
644 erproben, die alternativ oder zusätzlich zu den starren Linien individuelle
645 Fahrtwünsche erfüllen. Nach einer Anmeldung bspw. über ein Smartphone plant ein
646 Algorithmus hier eine maßgeschneiderte Fahrtroute aus den Fahrtwünschen vieler
647 Nutzer*innen. Andere sind hier deutlich weiter: Im Westharz wird das dort
648 „EcoBus“ genannte System bereits erprobt.

649 Ein attraktives Verkehrsangebot muss auch überregional festgelegten
650 Qualitätskriterien genügen, insofern ist für uns nicht nachvollziehbar, dass
651 sich Oberhavel als einer von wenigen Landkreisen der landesweiten Initiative von
652 Plus-Bus-Linien verweigert. Auch war Oberhavel bislang nicht bereit, attraktive
653 landkreisübergreifende Linien z.B. in den Barnim einzurichten. Diese
654 Verweigerungshaltung wollen wir aufbrechen. Die Lebenswirklichkeit der Menschen
655 endet nicht an Kreisgrenzen.

656 Für ein gutes Verkehrsnetz bedarf es einer guten, fachgerechten Planung. Die
657 bestehende Praxis, der OVG ein feststehendes Budget vorzugeben und dadurch die
658 Möglichkeiten und Grenzen des ÖPNV festzulegen, kritisieren wir scharf. BÜNDNIS
659 90/DIE GRÜNEN fordern eine Planung, die sich an den Bedürfnissen der
660 potenziellen Fahrgäste orientiert. Sie muss als partizipativer Prozess
661 durchgeführt werden, der Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, Verwaltung und
662 Politik mit einbezieht und auf eine attraktive Alternative zum motorisierten
663 Individualverkehr abzielt, wie es der Vorgabe des ÖPNV-Gesetzes des Landes
664 Brandenburg entspricht. Die Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Menschen
665 müssen dabei immer mitgedacht werden, auch beim Verkehrsmittelwechsel.
666 Letztendlich müssen alternative Planungsszenarien entwickelt werden, über die
667 der Kreistag abschließend entscheidet.

668 Eine direkte Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung des Busverkehrs
669 lehnen wir ab. Gesetzlich wird die Verantwortung für den ÖPNV bewusst den
670 Landkreisen zugewiesen. Wir Grüne wollen keine Entsolidarisierung in dem Sinne,
671 dass „reiche“ Gemeinden sich ausreichenden Busverkehr leisten können, während
672 „ärmere“ mit einem Minimalangebot abgespeist werden.

673
674 Überregionale Busse des ÖPNV im Landkreis müssen mit Möglichkeiten zur
675 Fahrradmitnahme ausgestattet werden.

676 **Radverkehr – Potenziale nicht genutzt**

677 Der Fahrradverkehr hat Potenzial nicht nur im touristischen Bereich, sondern
678 insbesondere auch im Alltagsverkehr zur Arbeit, zur Schule, zum Verein oder in
679 der Freizeit. Für Touristen ist der Europa-Radweg Berlin-Kopenhagen, der durch
680 unseren Landkreis führt, ein voller Erfolg, der auch Wirtschaftsleistung in
681 unseren Landkreis bringt. Der Umstieg vom Auto aufs Rad muss in Oberhavel
682 attraktiver werden. Der Alltags-Radverkehr in Oberhavel wurde bisher stark
683 vernachlässigt. Wir halten auch in der kommenden Wahlperiode unsere Forderung
684 zur Erstellung eines kreisweiten Fahrradkonzeptes aufrecht.

685 Der Trend ist ein anderer – trotz aller Defizite. Auch für längere Strecken im
686 Alltag kommt das Fahrrad immer stärker zum Einsatz, nicht zuletzt, weil die
687 Nutzung von E-Bikes kontinuierlich ansteigt. Wir brauchen deshalb überregionale
688 Radschnellwege, die Dörfer und Städte verbinden. Auf Basis eines mit
689 nachvollziehbaren Prioritäten versehenen Konzeptes wollen wir den Bau auch von
690 überregionalen Radverkehrsverbindungen durch den Landkreis vorantreiben.

691 Ampelregelungen an Kreuzungen sollen Radfahrer nicht länger benachteiligen, wie
692 bislang durch die Verkehrsverwaltung praktiziert, sondern dem motorisierten
693 Individualverkehr gleichstellen.

694 Die Instandhaltung von Radwegen durch Beseitigung von Bodenwellen,
695 Wurzelauferfungen, Frostschäden usw. muss endlich zur Regel werden, so wie es
696 für Straßen schon lange selbstverständlich ist.

697
698 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen Initiativen zur verstärkten Nutzung von
699 Lastenrädern, so beteiligen wir uns beispielsweise in Oranienburg an der
700 Finanzierung des Lastenrades „Jette“, das von jedermann kostenlos ausgeliehen
701 werden kann (<https://flotte-berlin.de/cb-items/jette>).

702 **Vision Zero - JedeR Verkehrstote ist eineR zuviel**

703 Noch immer sterben in Oberhavel viele Menschen bei Verkehrsunfällen. Besonders
704 gefährdet sind dabei Rad Fahrende und zu Fuß Gehende. Aus unserer Sicht muss das
705 Ziel lauten, dass es gar keine Todesopfer mehr gibt.

706 Für Rad Fahrende sind rechts abbiegende Lkws die gefährlichsten Situationen. Sie
707 geraten hier leicht in den toten Winkel und werden beim Abbiegen übersehen, und
708 das auch in Oberhavel oft mit tödlichen Folgen. Daher wollen BÜNDNIS 90/DIE
709 GRÜNEN im Fuhrpark des Landkreises und seiner Unternehmen elektronische
710 Abbiegeassistenten verbindlich einführen. Auch befürworten wir Modellversuche
711 mit ortsfesten Warnanlagen, wie etwa Trixi-Spiegel oder elektronische Systeme.

712 Ferner dringen wir darauf, dass die Radverkehrsanlagen nach den neuesten
713 Sicherheitsstandards gebaut werden. Bislang hat sich die Kreisverwaltung noch
714 geweigert, den von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen
715 herausgegebenen „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA 2010) zu folgen. Die
716 Folge sind auch bei Neuanlagen teilweise gefährliche Verkehrsführungen.

717 Bestandsanlagen sind sukzessive an den Sicherheitsstandard anzupassen. Farbliche
718 Markierungen auf der Fahrbahn für Fahrradfurten (Fahrradschutzstreifen) sollen
719 zur Regel werden, um die Aufmerksamkeit des motorisierten Verkehrs zu
720 verbessern.

721 Besonders gefährdet sind Kinder. Deren Wahrnehmungen und Erfahrungen
722 unterscheiden sich schon vom Blickwinkel her von denen der Erwachsenen. Wir
723 fordern daher, dass der Landkreis im Rahmen des Alfred-Hundrieser-Preises zu
724 einer Aktion aufruft, in welcher Schülerinnen und Schüler nach dem Vorbild von
725 Hohen Neuendorf an kreiseigenen und privaten Schulen ihren Schulweg beschreiben,
726 Gefahrenpunkte bewerten und Alternativen vorschlagen, die dann von der
727 Verwaltung zu prüfen sind.

728 **Straßen erhalten statt neu bauen**

729 Das Land Brandenburg will wenig befahrene Landesstraßen an die Landkreise
730 abgeben. Auch in Oberhavel. Diese sollen vorher in Zusammenarbeit mit dem Kreis
731 instand gesetzt werden. Dem wollen wir Rechnung tragen, wobei wir
732 nachvollziehbare Prioritäten fordern und überzogene Ausbaustandards ablehnen.
733 Neu- oder Ausbau von Straßen mit dem Ziel einer Kapazitätserweiterung lehnen wir
734 ab, hier wollen wir nach kostengünstigen und umweltverträglichen Lösungen
735 suchen. Insbesondere wollen wir keinen weiteren Flächenfraß oder die
736 Zerschneidung von unzerschnittenen Flächen, wie Naturparks oder anderer
737 geschützter Flächen, wie bei der geplanten Schneise für die Ortsumfahrung der
738 B96 um Fürstenberg/Havel. Hier unterstützen wir eine ortsnahe Variante der

739 geplanten Umgehungsstraße.

740 Die vom Landkreis geplante Übernahme von Landesstraßen werden wir kritisch
741 begleiten. Umfang und Qualität der in diesem Zusammenhang vorgesehenen
742 Investitionen müssen geprüft werden und nachvollziehbar sein.

743 Den Verkehr in den Innenstädten wollen wir beruhigen, um die Aufenthaltsqualität
744 zu verbessern und so die Geschäftsentwicklung zu fördern. Wir wollen die
745 Spielräume für verkehrsrechtliche Anordnungen ausschöpfen, um Wohngebiete
746 weitgehend vor Durchgangsverkehr zu schützen.

747 Wir wollen fossil betriebene Fahrzeuge ersetzen und die Elektromobilität
748 fördern, um den ökologischen Fußabdruck der Verkehrsteilnehmer*innen zu
749 verbessern. Die Kreisverwaltung muss hier Vorreiterin werden und ihre
750 Fahrzeugflotte auf Elektroantrieb umstellen. Wir unterstützen die Nutzung von
751 Erdgas- (CNG) und Hybridfahrzeugen als Brückentechnologie. Wir setzen uns für
752 den Ausbau des Netzes von solar versorgten Elektro-Ladepunkten und
753 Erdgastankstellen ein. In diesem Zuge soll insbesondere bei kreiseigenen Wohn-
754 und anderen Gebäuden und Liegenschaften Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
755 vorgehalten werden. Für die verstärkte Nutzung von Carsharing wollen wir die
756 Rahmenbedingungen verbessern.

757 **Verkehrschao in OHV vermeiden – ÖPNV stärken um Anwohner*innen und Umwelt zu**
758 **entlasten!**

759 Um ein Verkehrschao bei geplanten Baumaßnahmen wie z.B. den Ausbau der A10 bei
760 Birkenwerder zu vermeiden, muss frühzeitig ein Konzept zur Aufrechterhaltung des
761 Verkehrsflusses während der Bauzeit erstellt werden. Dabei genießt die
762 Aufrechterhaltung des ÖPNV höchste Priorität.

763 **Wer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wählt, setzt sich ein für:**

- 764 • einen deutlichen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowohl im
765 Speckgürtel als auch in schwächer besiedelten Regionen

- 766 • die Entwicklung von überregionalen Radschnellwegen, die Städte und Dörfer
767 verbinden

- 768 • die Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere für Rad Fahrende mit dem
769 Ziel, dass es zukünftig keine Todesopfer mehr gibt

- 770 • den Stopp des Flächenfraßes und des Zerschneidens von bisher unberührten
771 Naturflächen für Verkehrsinfrastruktur